

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Bezirksverordnetenvorsteher

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0066/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Beleuchtung für den Weg zum Kinder- und Jugendtreff Manna Westend (Spreetalallee)

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wird ersucht, sich beim Bezirksamt dafür einzusetzen, dass der Weg zum Kinder- und Jugendtreff Manna Westend (Spreetalallee) ausreichend beleuchtet wird, sodass ein angst- und gefahrloser Zugang zu den pädagogischen Angeboten innerhalb der Einrichtung und dem dazugehörigen Gelände ermöglicht wird.

Begründung: Der Zugang zum Kinder- und Jugendtreff Manna Westend führt über einen langen unbeleuchteten Weg. In der dunklen Jahreszeit ist zu beobachten, dass die jüngeren Kinder nicht mehr am pädagogischen Alltag partizipieren. Laut Aussage der jüngeren Besucher*innen (Grundschüler*innen) und Eltern, stellt der unbeleuchtete Weg eine große Gefahrenquelle dar. Neben Hindernisse, welche im Dunkeln nicht wahrgenommen werden können, stellt auch die emotionale Empfindung „Angst“ einen wichtigen Faktor dar, welcher berücksichtigt werden muss.

Der Kinder- und Jugendtreff Manna Westend ist eine nonformale Bildungseinrichtung, in welcher eine Vielzahl an unterschiedliche pädagogische Angebote durchgeführt werden. Vor allem die Bewegungsangebote im freien, sind bei allen Besucher*innen sehr beliebt. Hierbei ist es wichtig, bei Kindern und Jugendlichen die Lust an Bewegung anzuregen. Jugendarbeit und Bildung sollte nicht mit dem Begriff Angst in Verbindung gebracht werden.

Des Weiteren wird durch die Stellungnahme der Berliner Amtsärztinnen und Ärzten vom 21.04.2021 deutlich, dass die - Pandemiebedingte - längere Schulschließung aus Sicht der Kinder- und Jugendpsychiatrie schwerwiegende und vielfältige Folgen hat:

- Hohe Gewöhnung an elektronische Medien, es werden vermehrt Kinder und Jugendliche mit Mediensüchte beobachtet. Dieses gilt es durch vielfältige / reichhaltige Bewegungsangebote entgegenzuwirken. Auch unter schlechten Witterungsbedingungen!
- Aus Sicht des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes bestehen große Gefahren infolge des massiven Bewegungsmangels zur Adipositas
- der sozialen Vereinsamung ist entgegenzuwirken: Möglichkeit des sozialen Lernens in Peergroups, durch das gemeinsame Ausüben von Bewegungseinheiten.

Wir bitten Sie daher, die Beleuchtung für den Weg zum Kinder- und Jugendtreff Manna Westend als eine präventive Maßnahme zu erachten, von welcher alle Kinder und Jugendlichen in unserem Bezirk profitieren würden.

(Beschluss des Kinder- und Jugendparlaments)

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0073/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Sicherer Fußgängerüberweg über die Lewishamstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz für eine schnelle Einrichtung eines durch Lichtsignalanlagen gesicherten Fußgängerüberwegs über die Lewishamstraße möglichst nahe der ehemaligen Kreuzung der Sybelstraße und Waitzstraße einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Seit dem ersatzlosen Rückbau des Fußgängertunnels für querende Fußgänger*innen in Höhe der Sybelstraße sind unzumutbar weite Umwege erforderlich, um die jeweils nächsten gesicherten Überwege (an der Wilmersdorfer Straße bzw. Mommsenstraße/Gervinusstraße) für eine Überquerung zu nutzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Zimmer

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0075/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Rechts vor links" in der Trautenaustraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in der Trautenaustraße das Verkehrszeichen 301, welches den Verkehrsteilnehmenden in der Trautenaustraße Vorfahrt gegenüber den einmündenden Straßen Nassauische Straße und Landhausstraße gewährt, zu entfernen. Stattdessen soll hier, wie gemäß §45 Absatz 1c Satz 4 StVO grundsätzlich für eine Straße innerhalb einer Tempo 30-Zone vorgesehen, die Vorfahrtsregel „Rechts-vor-links“ angeordnet werden.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Durch die in der Trautenaustraße geltende Vorfahrt kommt es immer wieder zu Geschwindigkeitsüberschreitungen von Verkehrsteilnehmenden, da diese nicht wie in einer Tempo 30-Zone üblich, an von rechts einmündenden Straßen ihre Geschwindigkeit reduzieren müssen, um von rechts kommenden Verkehrsteilnehmenden Vorfahrt zu gewähren. Die aktuellen Vorfahrtsschilder sind noch ein Relikt aus Zeiten, als hier bis 2004 die Buslinien 115 entlangfuhr und somit eine Vorfahrt gemäß § 45 XI Nr. 3b VwV-StVO für die Belange des Buslinienverkehrs gerechtfertigt war. Da dieser Rechtfertigungsgrund inzwischen weggefallen ist, wird das Bezirksamt mit diesem Antrag aufgefordert, die grundsätzlich für die Tempo 30-Zone vorgesehene Vorfahrtsregel „Rechts-vor-links“ wieder anzuordnen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0072/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Illegal abgestellte E-Roller

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Maßnahmen sie die Verkehrsbehinderung durch falsch abgestellte E-Roller und E-Bikes verhindern kann. Darüber hinaus soll der Bezirk die Möglichkeit wahrnehmen, selbst E-Roller und E-Bikes umzusetzen und die Kosten den jeweiligen Betreibern in Rechnung zu stellen.

Der BVV ist bis zum 31.05.2022 zu berichten.

Begründung:

Falsch abgestellte E-Roller und E-Bikes sind erhebliche Hindernisse für andere Verkehrsteilnehmer*innen, aber insbesondere für Fußgänger*innen und Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sell

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0081/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Bußgelder gegen herumliegende E-Roller!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gegen die anhaltende Störung der öffentlichen Ordnung, insbesondere vieler Straßen, Gehwege und Plätze in unserem Bezirk durch wild, d.h. nicht auf dafür reservierten Flächen abgestellte E-Roller, endlich vorzugehen. Hierzu ist der und Senat mit einzubinden.

Der E-Roller selbst soll kostenpflichtig entfernt und der Nutzer bzw. das Verleihunternehmen mit einem Bußgeld – ähnlich wie bei falsch parkenden PKW's bestraft – werden.

Mit der Verhängung und dem Inkasso der Bußgelder soll eine zentrale Stelle im Land Berlin, wenn möglich die für PKW-Bußgelder zuständige Stelle der Polizei bzw. in der Innenverwaltung, beauftragt werden.

Begründung:

Überall im Bezirk sind die erst seit wenigen Jahren zugelassenen E-Roller weiter eine regelrechte Landplage. Leider scheint die Vielzahl ihrer Nutzer zu meinen, dass sie überall, wo es ihnen gerade einfällt, die Roller abstellen und liegen lassen kann. Die Versuche des Senats und des Bezirks in der Vergangenheit, durch speziell mit den Verleihern abgestimmte „No-Parking-Gebiete" dieser Landplage Herr zu werden, haben keine Besserung geschafft.

Der von Ämtern in unserem Bezirk entwickelte Vorschlag, solche herumstehenden oder -liegenden E-Roller ähnlich wie falsch parkende Fahrzeuge künftig kostenpflichtig abzuschleppen und gegen die Verursacher, also die „Falschparker", durch Bescheide an die Verleihunternehmen, die ihre Nutzer kennen, empfindliche Bußgelder zu verhängen, ist eine vernünftige Idee, die bisher an der fehlenden Mitwirkung der entsprechenden Stellen im Senat scheitert. Das kann nicht länger hingenommen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD (fraktionslos)
Kadow/Kohler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0056/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Straßenschäden an der Fußgängerampel Koenigsallee/Hasensprung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich an den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, das Schlagloch auf dem Fußgängerübergang Koenigsallee (Höhe Hasensprung) zu beseitigen.

Begründung:

Fahrbahnschäden behindern die Verkehrssicherheit bereits im Allgemeinen. Durch die angespannte Haushaltslage ist es sicherlich nicht möglich, jegliche Schäden auf den Straßen im Bezirk zu beheben. Allerdings hat der Schaden an der genannten Stelle nicht nur Auswirkungen auf den Autoverkehr. Erschwerend hinzukommt, dass das Überqueren der Fahrbahn an dieser Fußgängerampel nun nicht mehr barrierefrei möglich ist. Rollstuhlfahrer, Sehbehinderte und Familien mit Kinderwagen sind gezwungen auszuweichen, was den Weg verlängert und Gefahren verstärkt. Hier besteht akuter Handlungsbedarf!